

11.11.2015
207c

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Gerhard Kruij
(Johannes Gutenberg-Universität Mainz),
Mitglied des von der Kommission für gesellschaftliche
und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz
berufenen Expertenkreises,
bei der Pressekonferenz zur Vorstellung eines Expertentextes zu TTIP
am 11. November 2015 in Berlin

Ein komplexes Vorhaben wie TTIP sozioethisch zu beurteilen ist nicht einfach. Mögliche Folgen müssen abgeschätzt und bewertet, Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen werden. Außerdem ist noch unklar, wie das Abkommen am Ende aussehen wird. Jedenfalls bedarf es neben der sozioethischen Perspektive ökonomischen, juristischen sowie sozial- und politikwissenschaftlichen Sachverstands. Ich denke, dies ist durch die interdisziplinäre Zusammensetzung unserer Gruppe gut gelungen. Die Stellungnahme spiegelt die unterschiedlichen Einschätzungen und Abwägungen sowie Pro- und Kontraargumente wieder. Unsere zusammenfassenden Empfehlungen finden Sie ab der Seite 54. Wir wollen zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. Denn weder Dämonisierungen noch naiver Optimismus in Bezug auf die Wirkungen von TTIP werden der Sache gerecht.

Ausgangspunkt unserer Bewertung ist der in der christlichen Sozialethik und in den meisten ökonomischen Schulen anerkannte Grundsatz, dass die Freiheit des Marktes und des Handels alleine nicht ausreichen, um gute Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Märkte und Handel brauchen Rahmenordnungen, und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer und letztlich auf globaler Ebene. TTIP ist dann positiv zu bewerten, wenn es einen zukunftsweisenden Beitrag zu dieser notwendigen Regulierung leistet.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Aus sozialetischer Sicht sollen nicht nur die Funktionsfähigkeit der Märkte sichergestellt, sondern auch soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Für unterschiedliche Standards müssen Lösungen gefunden werden, die bestehende derzeitige Schutzstandards im Bereich der Sicherheit, der Gesundheit, des Umwelt- und Klimaschutzes erhalten, wo immer möglich verbessern und zugleich offen bleiben für künftig notwendige neue Regeln. Wo es zu negativen Verteilungswirkungen kommt, müssen Ausgleichsmechanismen wie „soziale Puffer“ und gezielte Bildungsinvestitionen geschaffen werden. TTIP darf nicht zum Nachteil derjenigen Länder geschlossen werden, die an diesem Abkommen nicht direkt beteiligt sind. Langfristig sollte darauf hingearbeitet werden, die WTO zu einem globalen Ordnungsrahmen für einen möglichst alle Länder umfassenden fairen Welthandel auszubauen. Ethisch begründete Regeln in TTIP könnten dafür zukunftsweisend sein.

Intensiv diskutiert haben wir über das Thema „Investitionsschutz“ – entsprechend ist es das längste Kapitel. Viel Kritik an privaten Schiedsgerichten scheint uns tatsächlich zutreffend. Umgekehrt dürfen Schiedsgerichtsverfahren aber auch nicht zu lange dauern und nicht zu viel kosten. Außerdem gibt es diese Verfahren bereits in vielen Abkommen, auch in Abkommen, an denen Deutschland beteiligt ist. Wir kommen zu der Empfehlung eines internationalen Investitionsschutzgerichtshofs und fordern grundsätzlich eine regelmäßige Evaluierung des Abkommens, um Fehlentwicklungen korrigieren zu können.

Die Kritik an TTIP halten wir in vielerlei Hinsicht für berechtigt. Jedoch sind wir überzeugt, dass ein „gutes“ TTIP-Abkommen möglich ist und sehr wohl einen Fortschritt für die beteiligten Länder und für die ganze Welt sein könnte. Wir haben also viele der geäußerten Kritikpunkte als Bedingungen formuliert, unter denen man ein entsprechend verhandeltes TTIP-Abkommen gutheißen kann.

Damit es zu einem solchen „guten“ TTIP kommt und die Öffentlichkeit sich ein sachgerechtes Urteil bilden kann, braucht es mehr Transparenz. Aus Gründen der demokratischen Entscheidungsfindung muss die Öffentlichkeit besser über die laufenden Verhandlungen informiert werden und sich gezielt in den Prozess einbringen können.

Die Kirchen und zivilgesellschaftliche Organisationen werden die TTIP-Verhandlungen weiterhin begleiten. Sie sollten dies sachorientiert, nüchtern und mit überzeugenden sozialetischen Argumenten tun. Und sie sollten dafür offen sein, dass – hoffentlich – für TTIP ein Verhandlungsergebnis erreicht wird, das es erlaubt, TTIP auch aus sozialetischer Perspektive gutzuheißen. Sollte dies gelingen, wäre das ein großer Erfolg: Ein solches TTIP hätte die Chance, die Entwicklung in den USA und der EU und letztlich auch weltweit nachhaltig positiv zu beeinflussen und neue Handlungsspielräume zu eröffnen.